

Recht und Steuer

Schwerpunkte der steuerlichen Gesetzgebung bildeten die Unternehmensteuerreform 2008 und das Jahressteuergesetz 2008. Im Rahmen der Unternehmensteuerreform nahm der DRV zu wichtigen Themen wie Einführung einer Zinsschranke, Neuregelung der Bewertung geringwertiger Wirtschaftsgüter, Verlustabzugsbeschränkung und Hinzurechnung im Rahmen der Gewerbesteuer Stellung gegenüber dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) und der Politik, insbesondere dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Der DRV hat sich für eine vernünftige Ausgestaltung eingesetzt. Die weitere Umsetzung schwieriger steuerlicher Fragen, insbesondere zu Verlustabzugsbeschränkungen, wird auch 2008 die Arbeit der DRV-Abteilung prägen.

Das Jahressteuergesetz 2008 bringt Lasten für die landwirtschaftlichen Genossenschaften, schwerpunktmäßig die Definitivbesteuerung alter EK-02-Bestände sowie die Verschärfung der Missbrauchsregelung im Rahmen der Abgabenordnung. Mit Eingaben an das BMF und den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages konnte zur Definitivbesteuerung zumindest durch optionale Anwendung von altem und neuem Recht eine Erleichterung für steuerfreie Genossenschaften im landwirtschaftlichen Bereich erreicht werden. Zur steuerlichen Arbeit des DRV zählten zudem die üblichen Arbeitshilfen für die Energiesteuer und die Klärung von Einzelfragen, z. B. den Umsatzsteuersatz für Rapsöl oder Scannerleistungen bei Zuchtsauen oder Maissilage.

Als Konsequenz der Novelle des Genossenschaftsgesetzes wurden in Ergänzung zu den Satzungsänderungen die Mustergeschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat angepasst. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Überarbeitung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) für das Warengeschäft und die Sektoren Obst und Gemüse sowie Wein einschließlich der Erarbeitung eines Merkblatts zur Einführung von AGB. Damit erfolgte die dringend notwendige Anpassung an die laufende Rechtsprechung. Weitere Aktivitäten lagen in der rechtlichen Begleitung der Novellierung der Gemeinsamen Marktorganisation für Obst und Gemüse sowie zusätzlich in der Anpassung der Satzung und der Geschäftsordnungen an Anforderungen für die demokratische Kontrolle.

Die Verhandlungen zu den Vertriebsverträgen Kartoffelsaatgut, die Klärung rechtlicher Fragen im Falle von Milchlieferverweigerung und eine Vielzahl von Einzelfragen, beispielsweise zur Vertragstreue, zum Nachbasaatgut, zur Heizöllieferung und vieles andere mehr, runden die Arbeit der Abteilung ab.

RAin Birgit Buth

Lebensmittelrecht

Im Jahr 2007 waren das Verbraucherinformationsgesetz, das am 1. Mai 2008 in Kraft getreten ist, und die angekündigte Novelle der Verpackungs-Verordnung wichtige Themen für die genossenschaftlichen Unternehmen. Aber